



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz  
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62  
Internet: [www.rlp-brh.de](http://www.rlp-brh.de)

55118 Mainz  
E-Mail: [banten@rlp-brh.de](mailto:banten@rlp-brh.de)

**Ausgabe 6/2016**

**September 2016**

## **Regierungserklärung und Koalitionsvertrag 100 Tage Ampel Koalition**

Sehr geehrte Kolleginnen,  
sehr geehrte Kollegen,

die alte und neue Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz gab am 1. Juni im Mainzer Landtag ihre Regierungserklärung ab. Grundlage für Malu Dreyer war der Koalitionsvertrag, der zuvor zwischen der SPD, der FDP und den Grünen geschlossen wurde. Bereits unmittelbar nach der Wahl hatte Frau Dreyer durchblicken lassen, dass eine Regierungskoalition mit der CDU mit ihr nicht zu machen sei. Es stellt sich auch die Frage, ob eine große Koalition unserem Land gut getan hätte? Die beiden größten Parteien in der Regierung und die AfD als größte Oppositionspartei.

In der Regierung will sie mit ihrer Dreyer - Ampel - Koalition in den nächsten fünf Jahren für ein weltoffenes und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz kämpfen. Der Tenor ihrer Regierungserklärung: „Wir sind für alle da!“ Wichtigstes Anliegen ihrer Regierung sei der soziale Zusammenhalt im Land. Die Politik der Landesregierung sei für Manager genauso wie für Paketzusteller da, für Flüchtlinge und für die, die schon immer hier waren. Ihr Ziel sei, dass es den Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gut geht.

Weitere Schwerpunkte in der Regierungserklärung waren die Themen: Bildung, Integration der Flüchtlinge im Land, soziale Gerechtigkeit, Digitalisierung, Bildung, Unterstützung der Landwirtschaft, Innere Sicherheit und Verkehr.

Insbesondere den Kindern soll eine gute Zukunft ermöglicht werden. Das gehe nur mit einer gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Im Bildungsbereich soll es 270 neue Lehrerstellen geben. Sie kündigte ein flächendeckendes Internet an. Nach ihrer Auffassung soll Rheinland-Pfalz ein Musterland der digitalen Vernetzung werden.

In der Regierungserklärung stellte sie fest, dass Rheinland-Pfalz eines der sichersten Länder in Deutschland ist. Dagegen sprechen die Veröffentlichungen in der Presse über die ständig steigenden Wohnungseinbrüche und die sinkenden Aufklärungsquoten der Kriminalstatistik. Der Personalmangel bei der Polizei macht sich an vielen Stellen bemerkbar. So stellt die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fest, dass die im Wahlkampf erweckten Hoffnungen sich nicht im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Die beschriebene Erhöhung der Einstellungszahlen von Polizeianwärtern auf 500 pro Jahr ist nicht neu. Dazu muss gesagt werden, dass die von der DPoIG geforderten 10 000 Polizistinnen und Polizisten bei den Koalitionspartnern keine Rolle spielen. Diese Zahl wird auf absehbare Zeit auch nicht erreicht werden können, weil die Zahl der Abgänge die Zahl der Einstellungen überschreitet.

Über die vorgesehenen Personaleinsparungen will die Landesregierung mit den Gewerkschaften und Interessenverbänden im Herbst verhandeln, wobei die ersten Vorgespräche bereits geführt wurden.

Wie sieht die Bilanz der Landesregierung nach einhundert Tagen aus? Traumstart oder Bruchlandung überschreibt der Südwestrundfunk die Bilanz. Als das neue Bündnis am 18. Mai die Arbeit aufnahm, war die Stimmung gut. Doch nun ist das Image der Dreyer - Koalition angekratzt.

Schuld daran ist vor allem der total „versemmelte“ Verkauf (Marco Weber FDP) des Hunsrück Flughafens Hahn. Wie schon beim Verkauf des Nürburgrings war die Landesregierung auch diesmal vermutlich Betrügern aufgesessen. Ein Chinese, mit der Firma Shanghai Yiqian Trading, kauft mit Hilfe eines Bernsteinhändlers aus Idar-Oberstein den Flughafen Hahn. Aus den Pressemitteilungen der Landesregierung ging zu diesem Zeitpunkt hervor, dass alles umfassend geprüft wurde. Nur durch Recherchen des SWR wurde bekannt, dass der Firmensitz in einer Reifenhandlung überhaupt nicht vorhanden war. Die nachfolgenden Querelen zwischen der Landesregierung und der Beratungsgesellschaft KPMG konnte ich als Normalbürger nicht nachvollziehen. Wenn jedoch den Veröffentlichungen Glauben zu schenken ist, hat die KPMG für ihre Beratungen 6,2 Millionen Euro erhalten. Das würde im üblichen privaten Geschäftsbereich bedeuten; wenn jemand sein Einfamilienhaus für 300.000 € verkauft bekommt der Makler ca. 150.000 € Vermittlungsgebühr. Nun aber scheint die Landesregierung etwas schlauer geworden zu sein. Sie hat einen zusätzlichen Berater engagiert, der nun die Beratungsgesellschaft berät???

Die Vorgänge um den Hahn sind eine Belastung für die Koalition, denn auch FDP und Grüne sind mit dem Verlauf unzufrieden. Der CDU Generalsekretär stellte fest, dass mit der Hahn-Posse nicht nur die Zukunft des Flughafens gefährdet ist, sondern dass sich die Landesregierung mit ihrem Dilettantismus der Lächerlichkeit preisgegeben hat. AfD Fraktionschef Junge kritisierte, dass die Ampel sehenden Auges „unter Missachtung der einfachsten Vorsorgepflichten“ auf einen Betrüger hereingefallen sei.

Zum Abschluss noch ein Blick auf den Besoldungsvergleich im Bund und den Ländern.

Nach einer neuen Veröffentlichung ist Rheinland-Pfalz abgestürzt und rangiert auf Platz 15, vor den beiden letzten Bundesländern Brandenburg und Berlin. In einem Schreiben an den dbb Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsidentin Dreyer zugegeben, dass insbesondere die Begrenzung der Bezügeanpassung in den Jahren 2012 bis 2014 dazu geführt hätten, dass Rheinland-Pfalz in einem Bund-Länder-Vergleich keine vorderen Plätze bei der Beamtenbesoldung mehr einnehme. Dass ein Besoldungsrückstand von rund sechs Prozent aufgelaufen sei, wies sie im Namen der Landesregierung zurück.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

  
*Landesvorsitzender*